

Nicole Zeitner  
GLP  
Liebenackerstrasse 6  
9507 Stettfurt

Elisabeth Rickenbach  
CVP/EVP  
Rüti 10  
8500 Frauenfeld

|                                    |    |       |    |
|------------------------------------|----|-------|----|
| EINGANG GR<br><i>18. Nov. 2020</i> |    |       |    |
| GRG Nr.                            | 20 | FA 35 | 83 |

Heinz Keller  
SVP  
Weidackerstrasse 3  
9214 Kradolf

## Einfache Anfrage

### Corona-Krise: «Massnahmen für Lehrstellensuchende und Lehrabgänger\*innen»

#### Begründung

Die Schweizer Wirtschaft ist in der Corona-Krise immens gefordert. Es drohen Konkurse, von welchen auch Lehrbetriebe mitbetroffen sein könnten. In diesem Jahr zeigte sich der Lehrstellenmarkt noch krisenresistent und es konnten im Thurgau sogar mehr Lehrstellen vergeben werden als im Vorjahr. Die Rezession und die demographisch bedingte Zunahme von Absolventen der obligatorischen Schulen kann dazu führen, dass sich die Lage auf dem Lehrstellenmarkt zunehmend verschärft. Es muss davon ausgegangen werden, dass sich Berufswahlprozesse verändern und nicht mehr in allen Branchen Lehrstellen angeboten werden können. Die Krise wird vor allem auch Auswirkungen auf die Lehrabgänger\*innen haben, welche in einer konjunkturell schwierigen Zeit in den Arbeitsmarkt eintreten.

Die **Task-Force «Perspektive Berufslehre»** des Bundes bietet den Kantonen ihre Unterstützung bei der Lehrstellenförderung an (Förderschwerpunkte Lehrstellen COVID-19, 9. November 2020). Die Massnahmen müssen von nationalen Organisationen der Arbeitswelt oder Kantonen eingegeben werden oder einen dieser beiden Verbundpartner als Projektpartner aufweisen. Der Bund unterstützt finanzielle Massnahmen und Projekte, welche in den Bereichen Coaching/Mentoring von Jugendlichen bei der Lehrstellensuche, beim Erhalt und der Schaffung von Lehrstellen, bei der Lehrstellenbesetzung, bei der Erarbeitung neuer Ausbildungsmodelle oder zur Vermeidung von Lehrvertragsauflösungen angesiedelt sind. Bei diesen Vorhaben werden ausnahmsweise bis zu 80% der Kosten durch den Bund übernommen, wenn die Vorhaben bis Ende 2021 eingegeben werden und höchstens bis Ende 2022 dauern. Dauern die Vorhaben länger, gilt ab 2023 die Übernahme von bis zu 60% der Kosten als Regelfall.

Der Regierungsrat wird ersucht, die nachfolgenden Fragen zu beantworten:

1. Welche Massnahmen/Projekte sind im Kanton Thurgau geplant, um einem absehbaren Lehrstellenmangel entgegenzuwirken?
2. Stehen für Schulabgänger\*innen ohne Lehrstellen genügend Zwischenlösungen und Brückenangebote bereit? Müssten in diesem Zusammenhang nicht erweiterte Ausbildungsmodelle/Module angeboten werden können?

3. Sind Kanton und Gemeinden bereit, Lehrstellenplätze zu erhöhen?
4. Was wird unternommen, um bestehende Lehrverhältnisse bei Firmen in Schwierigkeiten (Konkurse, etc.) zu sichern?
5. Mit der Kurzarbeit und der Entlassungswelle wird es für die jungen Menschen schwierig sein, auf dem Arbeitsmarkt Fuss zu fassen.
  - a. Welche Programme/Projekte sind vorgesehen, um Lehabgänger\*innen in den Wirtschafts-/Arbeitsprozess einzubinden?
  - b. Wie wird eine zeitnahe Erfassung der Absolvent\*innen ohne weiterführende Anstellung sichergestellt?
6. Ist der Kanton Thurgau in der Task Force Perspektive Berufslehre des Bundes vertreten?
7. Teilt der Regierungsrat die Ansicht, dass es sinnvoll wäre, eine eigene kantonale Task Force (Lehrstellenförderung COVID-19) einzuberufen, um die Massnahmen langfristig mit den Verbundpartnern (Gewerbe-, Berufs- und Wirtschaftsverbänden) koordinieren zu können und entsprechende Vorhaben beim Bund einzureichen?

Dem Regierungsrat wird im Voraus für die Beantwortung der Fragen gedankt.

Stettfurt, 15. November 2020



Nicole Zeitner



Elisabeth Rickenbach



Heinz Keller